weis dafür, wie weit die Klassen heute von einander geschieden sind. Selbst der „Kreuzzeitung" drängt sich diese Beobachtung bei Besprechung der Göhre'schen Schrift auf. „Wir sind gewiß, — schreibt sie am 19. Juni — daß Göhre's Buch für Viele einen Blick auf ein ganz unbekanntes Gebiet eröffnet. Und dieser Umstand, daß ein solches Buch unbefangen geschrieben werden konnte, ist uns bedenklicher als Alles, was es enthält. Man denke sich: im Deutschen Reiche giebt es eine Bevölkerungsklasse, die in ihrem ganzen Leben und Treiben, in ihrem Denken und Fühlen so von ihren Volksgenossen abgesondert ist, daß es einer abenteuerlichen Expedition, wie in das Innere Afrikas, und eines großen „Reisewerks" bedarf, um etwas Authentisches über sie zu erfahren. Dieselbe gegenseitige Entfremdung und Unfähigkeit, einander zu verstehen, bestand im vorigen Jahrhundert in Frankreich unter den verschiedenen Ständen, und dies war es, was den Ausbruch der Revolution so überraschend machte."

Der Entwurf des Parteiprogramms.

Wir veröffentlichen in Folgendem den neuen Entwurf eines Programms unserer Partei, den der Parteivorstand nun den Genossen vorgelegt hat. Wir behalten uns eine Besprechung desselben, nach eingehender Prüfung, vor.

Im Anschlusse theilen wir, des Vergleichs wegen, jene beiden Parteiprogramme mit, die unseres Erachtens von den bisher geltenden die besten sind, das französische Minimumprogramm und das österreichische Programm von Hainfeld.

Der Entwurf lautet:

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampf verficht die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 21 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, so weit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags;
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
   d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das französische Minimumprogramm, das von Marx und Engels im Verein mit Guesde und Lafargue entworfen wurde (vgl. „Neue Zeit," 1890, S. 345), und das der Kongreß von Havre (November 1880) zu dem seinen machte, lautet:

„In Erwägung,

„daß die Emanzipation der produktiven Klasse die aller menschlichen Wesen ohne Unterschied des Geschlechts oder der Rasse ist;

„daß die Produzenten nicht frei sein können, wenn sie nicht im Besitz der Produktionsmittel sind;

„daß es zwei Formen giebt, unter denen die Produktionsmittel ihnen gehören können:

„1. die Form des individuellen Besitzes, die niemals eine allgemeine Thatsache gewesen ist und die durch die industrielle Entwicklung immer mehr und mehr beseitigt wird;

„2. die Form des Gemeinbesitzes, deren materielle und intellektuelle Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst gebildet werden.

„In Erwägung,

„daß dieser Uebergang der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz nur hervorgehen kann aus der revolutionären Thätigkeit der als selbständige politische Partei organisirten produktiven Klasse, des Proletariats;

„daß eine solche Organisation mit allen dem Proletariat zu Gebote stehenden Mitteln angestrebt werden muß, inbegriffen das allgemeine Stimmrecht, das so aus einem Mittel der Prellerei, das es bisher gewesen, zu einem Mittel der Emanzipation wird;

„haben sich die sozialistischen Arbeiter Frankreichs entschlossen, indem sie sich als Ziel ihrer Bestrebungen in ökonomischer Beziehung die Rückkehr aller Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit setzen, in die Wahlbewegungen als Mittel der Organisation und des Kampfes einzutreten, mit folgendem Minimumprogramm:

„A. Politischer Theil:

„1. Abschaffung aller Gesetze über Strikes, Versammlungen und Vereine und namentlich des Gesetzes gegen die Internationale Arbeiterassoziation. — Beseitigung des Arbeitsbuchs, das die Arbeiterklasse mit den Prostituirten auf eine Stufe setzt, und aller Bestimmungen

des bürgerlichen Gesetzbuches, die eine Unterordnung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer oder der Frau gegenüber dem Manne festsetzen*);

„2. Unterdrückung des Kultusbudgets und Rückgabe des beweglichen und unbeweglichen Eigenthums der sogenannten todten Hand, das im Besitz von religiösen Körperschaften ist (Dekret der Kommune vom 2. April 1871), inbegriffen deren industrielle und kommerzielle Unternehmungen an die Nation;

„3. Unterdrückung der Staatsschuld;

„4. Abschaffung der stehenden Heere und allgemeine Bewaffnung des Volkes;

„5. die Gemeinde Herrin ihrer Verwaltung und Polizei.

„B. Oekonomischer Theil:

„1. Ein Ruhetag jede Woche oder gesetzliches Verbot für die Unternehmer, ihre Arbeiter mehr als sechs Tage von sieben arbeiten zu lassen. — Gesetzliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden für Erwachsene. — Verbot der Arbeit der Kinder vor dem 14. Jahr in den Privatwerkstätten und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit junger Personen vom 14.—18. Jahr auf 6 Stunden.

„2. Schützende Ueberwachung der Lehrlinge durch die Arbeiterorganisationen.

„3. Ein Minimallohn, der jedes Jahr nach dem lokalen Getreidepreis durch eine Kommission für Arbeiterstatistik festgesetzt wird.

„4. Gesetzliches Verbot für die Unternehmer, ausländische Arbeiter zu Löhnen zu beschäftigen, die niedriger sind, als die der französischen Arbeiter.

„5. Gleichheit der Löhne bei gleicher Arbeitsleistung für die Arbeiter beider Geschlechter.

„6. Wissenschaftlicher und gewerblicher Unterricht für alle Kinder, deren Unterhalt der durch den Staat und die Gemeinde vertretenen Gesellschaft obliegt.

„7. Erhaltung der Greise und der Invaliden der Arbeit durch die Gesellschaft.

„8. Unterdrückung jeder Einmischung der Unternehmer in die Verwaltung der Arbeiterunterstützungskassen und ähnlicher Institute, über die den Arbeitern die völlig freie Verfügung gewährt werden soll.

„9. Haftpflicht der Unternehmer für die Folgen von Unglücksfällen, garantirt durch eine Kaution, die der Unternehmer bei einer Arbeiterunterstützungskasse zu deponiren hat, und deren Höhe durch die Zahl seiner Arbeiter und die Gefahren seines Betriebes bestimmt wird.

„10. Heranziehung der Arbeiter bei Festsetzung von Fabriks- oder Werkstättenordnungen; Unterdrückung des Rechts, das die Unternehmer sich angemaßt haben, ihre Arbeiter mit irgend einer Strafe unter der Form einer Geldbuße oder eines Lohnabzugs zu belegen (Dekret der Kommune vom 27. April 1871).

„11. Annullirung aller Verträge, durch die öffentliches Eigenthum (Banken, Eisenbahnen, Bergwerke u. s. w.) veräußert worden, und Uebergabe des Betriebes der Staatswerkstätten an die in ihnen beschäftigten Arbeiter.

„12. Abschaffung aller indirekten Steuern und Verwandlung aller direkten Steuern in eine progressive Steuer auf alle Einkommen über 3000 Franken. Unterdrückung aller Vererbungen an Seitenverwandte, sowie aller Vererbungen in direkter Linie, die 20 000 Franken übersteigen."

Folgendes ist die Prinzipien-Erklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs, angenommen auf dem Parteitage zu Hainfeld, 30., 31. Dezember 1888, 1. Januar 1889:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln

*) Die gesperrt gedruckten Stellen sind auf dem Kongreß von Roanne 1882 hinzugefügt worden.

der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte, erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesonders nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken."